

# Im Thüringer Wald „Ihr Bauwerk betrachten“

Aus dem Plenarprotokoll der Landtagsdebatte zum Bau der 380-kV-Trasse

**Beratung des „Berichts des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz zum Planfeststellungsverfahren zum 3. Bauabschnitt der Südwestkuppelleitung“ auf Verlangen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landtagssitzung v. 27. März – Auszüge aus dem Plenarprotokoll:**

**Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:**

(...) Thüringen will seinen Beitrag dazu leisten, die Energiewende dezentral, bürgerschaftlich und versorgungssicher zu gestalten. Und in welchem gesetzlichen Rahmen bewegen wir uns? Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinen Entscheidungen zum 2. Bauabschnitt der Thüringer Strombrücke vom 24. Mai 2012 und vom 18. Juli 2013 ausdrücklich festgestellt, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand Netzoptimierung und Netzverstärkung den erforderlichen Leitungsneubau für die anstehenden Übertragungsaufgaben nicht ersetzen können. Nach diesem Urteil bleibt somit auch weiter die interessante Frage, welche Alternativen es beim Ausbau der Stromnetze gibt, um diesen auf das unumgänglich notwendige Maß beschränken zu können.

Ich will denjenigen danken, beispielsweise den Bürgerinitiativen, aber auch der Landrätin, Frau Enders, weil ich weiß, dass sie viele Jahre darum gekämpft haben, dass im Hinblick auf das EnLAG wir eine bessere Planung haben. Ich sage Ihnen auch, von heute betrachtet hätte man vor zehn Jahren, wir können die Uhr nicht zurückdrehen, darüber nachgedacht, große Infrastrukturprojekte, wie es einerseits die Thüringer Strombrücke ist, andererseits Straßenbau und zum Dritten auch die ICE-Trassen, hätte man das zusammengedacht, hätten wir an dieser Stelle

le auch eine andere Debatte hier miteinander geführt. Aber das ist nicht geschehen und das ist bedauerlich. Wichtig ist hier zu wissen, dass die gesetzliche Verantwortung für die Versorgungssicherheit bei den Netzbetreibern liegt, das ist in Thüringen 50 Hertz. Und diese sind grundsätzlich mit dem jeweiligen Stand der Technik auch auszustatten und entlang dessen muss auch gearbeitet werden.

Da sage ich auch ganz klar, es gibt immer noch viel zu wenig Pilotprojekte, beispielsweise für Erdverkabelung, die zu einem anderen Stand der Technik führen könnten. Das ist eine der Aufgaben, die wir jetzt stemmen müssen in den nächsten viereinhalb Jahren, dass wir da deutlich moderner, innovativer werden und auf einen besseren Stand der Technik drängen. Für die Thüringer Strombrücke wurden solche Erdverkabelungsoptionen sowohl im Raumordnungsverfahren als auch durch 50 Hertz und Planfeststellungsverfahren geprüft – leider noch mit negativem Ergebnis. Es wurde festgestellt, dass die ökologischen Auswirkungen einer Erdverkabelung höher sind als die einer Freileitung. (...)

**Steffen Harzer, DIE LINKE:**

Wie hat gestern so treffend das „Freie Wort“ geschrieben unter dem Titel „Rot-Rot-Grün kämpft mit den Altlasten“ zur 380-kV-Trasse: Gerade die Umweltministerin hat einen Großteil der Altlasten, für die frühere Regierungen verantwortlich sind.

Wir baden aus, was Sie unserer Natur, unserer Umwelt antun. Wenn Sie mal anschauen wollen, wie Landschaftsentwicklung, Naturraumentwicklung à la CDU aussieht, dann fahren Sie mal von Gehren in Richtung Ilmenau, dann sehen Sie dies bei Langeviesen hervorragend. Da hat man die Umgehungsstraße, dann hat man eine ICE-Brücke, dann hat man die 380-kV

und daneben hat man noch die 110-kV-Leitung von der Bahn. Das sieht fantastisch aus! Dieses Tal ist für unser Leben geprägt. Dort wird sich nichts wieder verändern. Das ist Politik à la CDU. Das haben Sie zu verantworten.

Die Bürgerinitiativen haben mehrfach belegt, dass diese Leitung energiepolitisch nicht notwendig ist – u.a. durch das Jarras-Gutachten und durch Lastflussanalysen –, dass der überdimensionierte Netzausbau Klimaschutzziele konterkariert, dass dieser Netzausbau nicht zum zeitnahen Absenken des Kohlestroms beiträgt, dass der Windstromausbau im Norden für den Trassenbau widerlegt worden ist.

**LINKE-Antrag bereits 2007**

Das hat sogar 50 Hertz vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zugeben müssen. Durch Gutachten wurde dargestellt, dass diese Leitung unsinnig ist. Es gab gemeinsame Bündnisse aus Landkreisen, Kommunen, IGs, BIs, Bürgern usw. aus Thüringen und Bayern, die jahrelang dafür gekämpft haben, diese Trasse zu verhindern. Ich will nur einmal kurz daran erinnern: Bereits 2007 gab es einen Antrag der LINKE-Fraktion „380-kV-Höchstspannungsleitung vom Raum Halle über Erfurt nach Nordbayern“.

Dort wurde der Landtag aufgefordert festzustellen, „a) dass die Überprüfung der energiewirtschaftlichen und versorgungsseitigen Notwendigkeit der 380-kV-Höchstspannungsleitung vom Raum Halle über Erfurt nach Nordbayern vor dem Hintergrund des § 1 des Thüringer Landesplanungsgesetzes zwingend Inhalt und Gegenstand des noch ausstehenden Raumordnungsverfahrens für den Abschnitt Altenfeld-thüringisch-bayerische Landesgrenze sein muss.“

*Fortsetzung auf Seite 8*

VON A BIS Z:

## Mindestlohn

Nachdem kürzlich die IHK Erfurt ein „negatives Fazit“ zur Einführung des Mindestlohns gezogen hatte, erklärte dazu Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der allgemeine Mindestlohn ist ein Erfolg für die Thüringer Beschäftigten und auch die Thüringer Unternehmen. Es ist – anders als die IHK Erfurt behauptet – auch für die Unternehmen wichtig und richtig, dass Thüringen endlich sein Niedriglohnimage los wird, dass der durch den Mindestlohn steigende Konsum die Binnenkonjunktur weiter ankurbelt und so Aufträge und Beschäftigung sichert.“

Die Schlussfolgerungen der IHK seien „vollkommen unverständlich“. Vielmehr sei ein Erfolg, wie gut auch die meisten Thüringer Unternehmen mit dem gehobenen Lohnniveau umgehen. „Die guten Arbeitsmarktdaten und die hervorragenden Konjunkturprognosen zeigen, wie robust auch die Thüringer Wirtschaft ist. Mit der Angstmacherei wegen angeblichem massiven Arbeitsplatzabbau und reihenweisen Unternehmenspleiten muss jetzt endlich Schluss sein“, forderte der Wirtschaftspolitiker.

Es wäre auch im Interesse der Industrie- und Handelskammer Erfurt, die ideologischen Schützengräben zu verlassen und den Mindestlohn als positive Entwicklung, auch im Wettbewerb um Fachkräfte, offensiv und positiv in ihren Mitgliedsunternehmen zu vertreten. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 29. und 30. April sowie in der Zeit vom 27. bis 29. Mai statt.

### Arbeitnehmerrechte:

Die Linksfraktion und die Rosa-Luxemburgstiftung laden ein zur Veranstaltung „Rechte der Beschäftigten in Betrieb und Gesellschaft stärken“ am Dienstag, den 28. April, 14 bis 17.30 Uhr, im Thüringer Landtag, Raum 101.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Industrie

Die Thüringer Industrie erzielte in den ersten zwei Monaten 2015 rund 4,5 Milliarden Euro Umsatz. Wie das Landesamt für Statistik mitteilte, lagen die Umsätze (bei einem Arbeitstag weniger) in den Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten geringfügig um 0,2 Prozent bzw. 9 Millionen Euro über dem Vorjahreszeitraum. Im Export gab es einen Anstieg um 9 Millionen Euro. Die Umsätze im Inland entsprachen mit 3,0 Milliarden Euro ebenfalls dem Vorjahreswert. In den Thüringer Industriebetrieben waren zu Jahresbeginn durchschnittlich 139.234 Personen beschäftigt, 858 Personen mehr. Die Anzahl der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten sank um 12 auf durchschnittlich 842. ■

## Hochschulen

Anlässlich wichtiger Weichenstellungen für die Thüringer Hochschullandschaft führt MdL Christian Schaft in diesen Wochen Gespräche mit Präsidien und Rektoraten sowie mit Studierendenvertretungen. Bereits Anfang des Jahres war er gemeinsam mit der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS), beim Studierendenrat der FSU Jena und dem Präsidenten der FSU, Prof. Dr. Walter Rosenthal und hatte einen Dialogprozess angestoßen. „Nur durch einen regelmäßigen Austausch ist es möglich, dass alle Akteurinnen und Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen, um die Grundlage für eine demokratische, soziale und innovative Hochschullandschaft in Thüringen zu schaffen“, so Schaft. ■

## Öffentlicher Dienst

Nach neuesten Angaben des Landesamtes für Statistik waren am 30.06.2014 im öffentlichen Dienst in Thüringen insgesamt 102.235 Personen beschäftigt. Das sind 0,5 Prozent bzw. 560 Beschäftigte weniger als noch im Vorjahreszeitraum und der niedrigste Stand der Beschäftigtenzahlen seit fünf Jahren. Der Landesbereich verzeichnet einen Personalrückgang von 465 Personen gegenüber dem Vorjahr. Am stärksten betroffen sind die Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Landes. Waren 2013 hier noch 47.855 Personen beschäftigt, sind es zum Stichtag 2014 47.340 Personen, ein Rückgang von 515 Beschäftigten. Auch im kommunalen Bereich gab es leichte Personalrückgänge. ■